

DER STADTVORORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACHAMMAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Herrn
Dr. Klaus W. Lippold MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 19.01.2006

Umsetzung einer umfassenden Gemeindefinanzreform

Sehr geehrter Herr Dr. Lippold,

ich möchte Sie davon **unterrichten**, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 8. Dezember 2005 zu DS I (A) 887/1 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert die regionalen Bundestagsabgeordneten, die Landesregierung und die Bundesregierung auf, sich auf allen Ebenen für eine umfassende Gemeindefinanzreform einzusetzen.

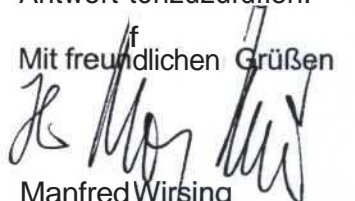
Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert angesichts eines Rekordtiefs kommunaler Investitionen und eines Rekordhochs bei Kassenkrediten und Sozialausgaben, den Gemeinden endlich eine verlässlichere und konjunkturunabhängigere Finanzierung zu geben.

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz. Danach wird der Bund verpflichtet, Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen, wenn er die Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Erfüllung bestimmter Aufgaben verpflichtet. Wer bestellt, soll auch bezahlen. Politik zu Lasten der Kommunen darf es zukünftig nicht mehr geben.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort tönzuzufüllen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Frau
Uta Zapf MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 19.01.2006

Umsetzung einer umfassenden Gemeindefinanzreform

Sehr geehrte Frau Zapf, *liebe Uta,*

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 8. Dezember 2005 zu DS I (A) 887/1 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert die regionalen Bundestagsabgeordneten, die Landesregierung und die Bundesregierung auf, sich auf allen Ebenen für eine umfassende Gemeindefinanzreform einzusetzen.

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert angesichts eines Rekordtiefs kommunaler Investitionen und eines Rekordhochs bei Kassenkrediten und Sozialausgaben, den Gemeinden endlich eine verlässlichere und konjunkturunabhängigere Finanzierung zu geben.

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz. Danach wird der Bund verpflichtet, Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen, wenn er die Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Erfüllung bestimmter Aufgaben verpflichtet. Wer bestellt, soll auch bezahlen. Politik zu Lasten der Kommunen darf es zukünftig nicht mehr geben.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACHAMMAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Herrn

Ministerpräsident
Roland Koch

Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21

Datum: 19.01.2006

Umsetzung einer umfassenden Gemeindefinanzreform

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 8. Dezember 2005 zu DS I (A) 887/1 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert die regionalen Bundestagsabgeordneten, die Landesregierung und die Bundesregierung auf, sich auf allen Ebenen für eine umfassende Gemeindefinanzreform einzusetzen.

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert angesichts eines Rekordtiefs kommunaler Investitionen und eines Rekordhochs bei Kassenkrediten und Sozialausgaben, den Gemeinden endlich eine verlässlichere und konjunkturunabhängigere Finanzierung zu geben.

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz. Danach wird der Bund verpflichtet, Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen, wenn er die Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Erfüllung bestimmter Aufgaben verpflichtet. Wer bestellt, soll auch bezahlen. Politik zu Lasten der Kommunen darf es zukünftig nicht mehr geben.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACHAMMAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Frau
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
11011 Berlin

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 19.01.2006

Umsetzung einer umfassenden Gemeindefinanzreform

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

ich möchte Sie davon **unterrichten**, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 8. Dezember 2005 zu DS I (A) 887/1 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert die regionalen Bundestagsabgeordneten, die Landesregierung und die Bundesregierung auf, sich auf allen Ebenen für eine umfassende Gemeindefinanzreform einzusetzen.

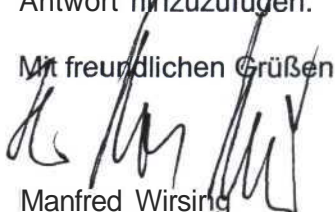
Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert angesichts eines Rekordtiefs kommunaler Investitionen und eines Rekordhochs bei Kassenkrediten und Sozialausgaben, den Gemeinden endlich eine verlässlichere und konjunkturunabhängigere Finanzierung zu geben.

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung fordert die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz. Danach wird der Bund verpflichtet, Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen, wenn er die Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Erfüllung bestimmter Aufgaben verpflichtet. Wer bestellt, soll auch bezahlen. Politik zu Lasten der Kommunen darf es zukünftig nicht mehr geben.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher